

REDEN, RINGEN, GESTALTEN WIR HABEN GERADE ERST BEGONNEN

- 5 Wir haben uns viel vorgenommen: Berlins Verkehr für alle gerecht umzubauen, ein Stadtwerk, das Berlin mit regionalem ökologischem Strom versorgt, ein Antidiskriminierungsgesetz, die Sanierung und Neubau von Schulen, die Modernisierung der Verwaltung, günstigeren Wohnraum und eine sozialere Politik. Anders als unsere Vorgänger*innen verwalten wir Berlin nicht nur – wir gestalten die Stadt.
- 10 Die Menschen in Berlin erwarten zu Recht, dass die Probleme der Stadt endlich angegangen werden – dafür haben sie Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Denn es war klar: Nur mit Bündnis 90/Die Grünen kommt frischer Wind in die Berliner Regierung. Das letzte Jahr hat bereits gezeigt: Dieser frische Wind ist dringend nötig. Und wir werden
- 15 ihn nutzen, auch die Spaltungen in Berlin zu überwinden. Für uns ist entscheidend, dass jede*r teilhaben kann, dass die Gesundheit oder die Frage, in welchem Kiez man wohnt, nicht davon abhängen, wie dick der Geldbeutel ist.
- Mit dem deutlich vergünstigten Sozialticket, einer Tierschutzbeauftragten, der Vorlage eines Mobilitätsgesetzes, dem Ausstieg aus der Braunkohle oder der Entfesselung des Berliner Stadtwerkes haben wir gezeigt, wie wir Berlin gestalten wollen – und so werden wir weitermachen. Auch wir sind ungeduldig und vieles würden wir gern schneller umsetzen. Doch uns ist bewusst: Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn man ordentlich plant, miteinander diskutiert und um die beste Lösung ringt. Nicht alles
- 20 lässt sich binnen weniger Monate beheben. Wir haben gerade erst begonnen, Berlins Politik genauso modern, weltoffen, sozial und ökologisch zu gestalten, wie es die Menschen in dieser Stadt seit langer Zeit vorleben.
- Mit dem Haushalt für die Jahre 2018/19 haben wir die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen: 500 Millionen Euro pro Jahr für zusätzliche Investitionen sowie 2.700
- 30 neue Stellen, vor allem bei Schulen, Polizei und Feuerwehr. Die Koalition hat zugesagt, die Beamtenbesoldung in dieser Legislaturperiode an den Durchschnitt der anderen Bundesländer anzugleichen. Wir investieren 100 Millionen Euro in die Berliner Stadtwerke und damit in die Umsetzung der Energiewende. Mit unserem
- 35 Mobilitätsgesetz stärken wir die Fahrradinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr. Die Bezirke können endlich aufatmen: Auch sie erhalten 60 Millionen Euro zusätzlich für Personal und neue Projekte. Bei all dem werden wir aber auch unserer Verpflichtung zum Schuldenabbau nachkommen.

40

Stadtraum gerecht verteilen – den Verkehr zum Fließen bringen

45 Berlin ist das erste Bundesland, das ein Mobilitätsgesetz verabschiedet. Wir zeigen, dass
es möglich ist, Stadtraum gerecht zu verteilen und den Verkehr für alle wieder zum
Fließen zu bringen. Im Dialog mit den Initiator*innen des Volksentscheids Fahrrad und
vielen anderen verkehrspolitischen Akteur*innen der Stadt hat unsere Verkehrssenatorin
Regine Günther einen deutschlandweit einmaligen Gesetzesentwurf erarbeitet. Die
50 Umsetzung wird ein hartes Stück Arbeit. Das Ziel haben wir dabei immer fest im Blick:
Kinder und ältere Menschen sollen genauso sicher Radfahren können wie Menschen,
die lange Strecken schnell zurücklegen wollen. Fußgänger*innen werden erstmals ernst
genommen. Wir prüfen und planen neue Tram-Strecken und nehmen endlich das nötige
Geld in die Hand, um den Sanierungsstau bei Brücken und Straßen in den Griff zu
55 bekommen.

Mobilität ist auch eine soziale Frage und gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Genau wie
wir eine Spaltung zwischen Rad- und Autofahrer*innen nicht zulassen, akzeptieren wir
es nicht, dass nur Menschen mit dem nötigen Geld im Portemonnaie mobil sind. Unsere
60 Senatorin Ramona Pop ist verantwortlich für die Betriebe der Stadt, auch für die BVG.
Schon im ersten Jahr hat sie es geschafft, das Sozialticket von 36 Euro auf 27,50 Euro
deutlich zu vergünstigen.

Wir denken Mobilität als Gesamtkonzept. Nur wenn zu Fuß gehen, Fahrradfahren,
65 U-Bahn-Fahren, Car-Sharing-Angebote und das eigene Auto zusammenkommen und
nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden, fließt der Verkehr wieder und die Stadt
wird mobil für alle.

Mit neuen Elektrobussen, mit einem günstigeren Sozialticket und der Sanierung von
70 Brücken haben wir bereits jetzt vieles erreichen können. Doch das reicht uns noch lange
nicht. Wir werden eine Kommission ins Leben rufen, die das komplette Tarifgefüge
überarbeitet und auch unsere Vision eines Barentickets – also eines umlagefinanzierten
ÖPNV – untersucht. Wir werden ein Verkehrskonzept erstellen und sichere Radwege
sowie ein Radwegenetz schaffen. Und wir werden den öffentlichen Personennahverkehr
75 weiter ausbauen, ökologischer machen und die Taktungen erhöhen.

Nachhaltig, zukunftsorientiert und gerecht – Wirtschaftspolitik für Berlin

80 Nach Jahren des Strukturwandels und wirtschaftlicher Schwäche, die verbunden waren
mit einem schmerzhaften Verlust an Arbeitsplätzen, insbesondere in der Industrie,
entwickelt sich Berlins Wirtschaft dynamisch und positiv, sie wächst deutlich stärker als
der Bundesdurchschnitt. Allein in den letzten zwölf Monaten sind 60.000
sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu entstanden. Noch nie war die
Arbeitslosigkeit im wiedervereinten Berlin niedriger als heute.

85 Diese wirtschaftliche Dynamik muss spürbar bei den Menschen in der Stadt ankommen. Auf Initiative unserer Wirtschaftssenatorin Ramona Pop haben wir deshalb das Landesmindestentgelt im Berliner Vergabegesetz auf neun Euro angehoben. Um mehr Teilhabe an Mobilität zu ermöglichen, haben wir die jährlichen Tarifierhöhungen ausgesetzt, bis eine neue Tarifstruktur erarbeitet ist.

90 Die Berliner Landesunternehmen sind starke Partnerinnen: Sie unterstützen die Daseinsvorsorge, investieren in Berlins Infrastruktur und sorgen für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) investieren zwei Milliarden Euro bis zum Jahr 2021, u.a. für eine bessere, ökologische Wasserqualität, in die
95 Kanalsanierung und in die Wasseraufbereitung. Mit den Stadtwerken investieren die BWB in erneuerbare Energien und in die Energiewende für Berlin. Die BSR investiert in einen modernen Fuhrpark. Wir unterstützen die BSR darin, die ökologische Abfallwirtschaft voranzubringen.

100 Wir packen die Dinge an, die lange liegen geblieben sind. Etwa bei der Messe, die nun endlich die Sanierung des Messegeländes angehen kann. Und auch beim ICC holen wir Versäumtes nach, um das Kongresszentrum wieder funktionsfähig zu machen. Wir sorgen dafür, dass die notwendige Schadstoffsanierung bald beginnen kann.

105 Berlin profitiert wie keine andere Stadt von der Digitalisierung: Ein Fünftel unseres Wirtschaftswachstums entsteht in der Digitalwirtschaft. Heute arbeiten ca. 80.000 Menschen in der Berliner Digitalwirtschaft, jeder achte neue Job entsteht hier. Dabei geht es längst nicht mehr allein um Start-Ups, sondern auch um klassische
110 Industrieunternehmen oder starke Mittelständler*innen, die in Berlin ihre Digitalsparten gründen. Die Vernetzung von Start-Ups und klassischen Unternehmen schafft den Mehrwert. Genau für diese Vernetzung und die Unterstützung von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen bei der Digitalisierung schafft unsere Wirtschaftssenatorin Ramona Pop die Digitalagentur. Zwei neu geschaffene und von der
115 Wirtschaftsverwaltung geförderte Digital Hubs zu den Themen Internet of Things und FinTech sind bereits gestartet.

Verdrängung heißt Spaltung – Recht auf Wohnen sicherstellen

Wir sind angetreten, die Spaltung der Stadt in Arm und Reich zu stoppen. Die
120 Wohnungspolitik ist dabei in den letzten Jahren zu einer der zentralen sozialen Fragen Berlins geworden. Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt verschärft sich – die Mieten steigen und die Obdachlosigkeit nimmt zu. In manchen Quartieren führt die Gentrifizierung zu einem fast vollständigen Bevölkerungsaustausch, während sie in anderen eine Konzentration und Verfestigung von Armut fördert. Dieser Spaltung treten
125 wir entschieden entgegen: Wir wollen die Berliner Mischung erhalten.

130 Dafür ziehen wir über alle Ebenen hinweg an einem Strang. Unsere bündnisgrünen
Baustadträt*innen in Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg,
Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln krepeln die Wohnungspolitik in Berlin über
die Bezirke von unten um. Es waren grüne Stadträt*innen, die zuerst
Milieuschutzgebiete ausgewiesen haben und weiter ausbauen. Und es sind die grünen
Baustadträt*innen, die das kommunale Vorkaufsrecht nutzen und soziale Verträge mit
Investor*innen abschließen. Über ein Dutzend Häuser konnten so vor Spekulant*innen
135 gerettet werden. Es sind auch grüne Baustadträt*innen, die den Neubau in der Stadt mit
vorantreiben und städtebauliche Instrumente nutzen, um mehr sozialen Wohnraum
festzusetzen.

140 Für all diese Aufgaben brauchen die Bezirke aber auch mehr Ressourcen. Diese wollen
wir durch die Landesebene zur Verfügung stellen zum Beispiel durch einen
Aufkauffonds, um das Vorkaufsrecht einfacher ziehen zu können. Außerdem nehmen wir
auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stärker in die Pflicht und richten
diese deutlich sozial-ökologischer aus. Dabei wollen wir die Anstalt öffentlichen Rechts
„Soziale Wohnraumversorgung Berlin“ stärken, um Strategien z.B. zur Senkung von
145 Neubaukosten zu entwickeln. Aber auch private Investor*innen werden sowohl stärker
gefördert, als auch stärker durch städtebauliche Verträge gefordert, um einen möglichst
hohen Anteil an preisgünstigem Wohnraum bei Neubauten zu erzielen. Im Falle von
Abriss und Ersatzneubau wollen wir erreichen, dass preiswerter Wohnraum nicht
verschwindet, sondern durch geförderte Sozialwohnungen ersetzt wird.

150 Mit dem Ziel eines umfassenden Wohnraumschutzes werden wir das Gesetz zum Verbot
der Zweckentfremdung, die Bauordnung und das Wohnungsaufsichtsgesetz verschärfen.
Mit einem Treuhand-Modell wollen wir im äußersten Fall leerstehende Häuser auch
ohne die Eigentümer*innen Wohnzwecken wieder zuführen.

155 Unser Senator Dirk Behrendt sagt mit der neu gegründeten „Fachstelle gegen
Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“ Ausgrenzung – zum Beispiel aufgrund von
Herkunft oder Religion – den Kampf an. Mit seinen Bundesratsinitiativen zur
Verschärfung der Mietpreisbremse und des Kündigungsschutzes zeigt er, dass wir nicht
ruhen werden, ehe wir hier deutliche Verbesserungen erreicht haben.

160 Mit einer Förderung für Genossenschaften, mit der Einrichtung eines Runden Tisches für
Wohnungspolitik, mit dem Ausbau offener Mieterberatungen sowie dem verbesserten
Rechtsschutz von Transferhaushalten, mit dem Einsatz des Vorkaufsrechts und
mehreren Bundesratsinitiativen, haben wir Grüne schon einiges umsetzen und anstoßen
165 können. Doch das reicht uns noch lange nicht. Wir brauchen mehr Sozialwohnungen, die
ihren Namen auch verdienen, eine enge Zusammenarbeit mit Genossenschaften bei der
Vergabe von Grundstücken, einen umfassenden Schutz von Bestandmieter*innen und
wir wollen dafür sorgen, dass Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen ebenfalls
vor Verdrängung geschützt werden können.

170 **Ein ökologischer Aufbruch für Berlin**

Wir haben im Wahlkampf einen ökologischen Aufbruch für Berlin versprochen. Nach einem Jahr können wir sagen: Wir sind mittendrin. Während sich die ganz große Koalition der anderen Parteien auf Bundesebene noch gegen den Kohleausstieg stemmt, haben wir es in Berlin mit unserer Senatorin Regine Günther geschafft: Der Kohleausstieg ist Gesetz. So hat es das Abgeordnetenhaus am 19. Oktober beschlossen. Schon im Mai ging das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk vom Netz. Bis spätestens 2030 wird auch das letzte Steinkohlekraftwerk abgeschaltet sein. Mit der gesetzlichen Festlegung ist Berlin zur Vorreiterin geworden. Kohle gibt es künftig in Berlin nur noch zum Grillen.

Wir begreifen die Energiewende als Chance. Wir schalten alte Energie ab und verfolgen die Etablierung eines kohlefreien, effizienten und flexiblen Energiemarktes. Berlin bekennt sich mit uns nun endlich zu einer entschiedenen Umsetzung der Energiewende. Wir modernisieren Berlin sozial-ökologisch und investieren in die Stadt von morgen. Deshalb hat unsere Senatorin Ramona Pop auch dafür gesorgt, dass das Stadtwerk endlich von seinen Fesseln befreit wird.

Wir werden uns weiterhin für Mieterstrommodelle stark machen und auch das Potential aller Dachflächen öffentlicher Gebäude daraufhin untersuchen, ob sie für die Installation von Solaranlagen geeignet sind. In einem „Masterplan Solarhauptstadt“ werden wir Maßnahmen anstoßen und mit den Akteur*innen der Energiewirtschaft und Bürgerenergieakteur*innen in die Umsetzung bringen.

Ein ökologischer Aufbruch funktioniert nicht, wenn wir uns nur auf den Energiesektor konzentrieren. Auch die BVG machen wir fit für eine Zukunft ohne fossile Energieträger. Versuche mit Elektrobussen zeigen: Der Verbrennungsmotor im ÖPNV ist langfristig verzichtbar. Deshalb investiert die BVG in den kommenden zehn Jahren zwei Milliarden Euro in die Erneuerung ihres Wagenfuhrparks.

Und natürlich vergessen wir auch die Tiere in Berlin nicht. Mit der Schaffung einer Tierschutzbeauftragten haben wir hier sehr schnelle und deutliche Akzente setzen können.

Die Entfesselung des Berliner Stadtwerkes, die Ausstattung der BVG-Busse mit Stickoxidfiltern und der Braunkohleausstieg zeigen: Wir haben längst damit begonnen, Berlin ökologisch umzubauen. Doch auch hier sind wir noch lange nicht fertig und haben große Projekte vor uns. Denn auch die ökologische Frage ist eine soziale Frage. Gerade finanziell Schwächere sind von Reizgasen und Feinstaub besonders betroffen. Dagegen werden wir vorgehen. Wir erwarten von der Automobilindustrie echte Lösungen statt die Probleme bei den Verbraucher*innen abzuladen. Deshalb gilt für uns, Fahrverbote können nur die letzte Option sein. Um sie zu verhindern, setzen wir auf Tempo 30 und die blaue Plakette – so werden wir sowohl den Verkehr verstetigen als

auch die Berliner*innen gesundheitlich schützen.

215 **Gleich an Rechten und Chancen – Vereint in Verschiedenheit**

Wir erleben in den vergangenen Jahren das Erstarken politischer Kräfte, die Berlin spalten wollen entlang von Grenzen wie Hautfarbe, Religion, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und kämpfen für ein
220 vielfältiges und buntes Berlin, das seine Internationalität als Stärke begreift.

Unser Senator Dirk Behrendt hat den Entwurf eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes vorgelegt, das in den kommenden Monaten zur Debatte und Abstimmung steht. Das Gesetz soll das schon existierende Allgemeine
225 Gleichbehandlungsgesetz ergänzen. Es soll für die gesamte Berliner Verwaltung gelten. Jede Berliner Behörde wäre damit schadenersatzpflichtig, wenn sie gegen das Gesetz verstößt. Außerdem hätten Antidiskriminierungsverbände endlich das so notwendige Klagerecht.

230 Sei es das Antidiskriminierungsgesetz, die Beauftragte für Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oder das fokussierte Vorgehen gegen Übergriffe auf Homosexuelle – auch hier hat sich bereits einiges getan, doch auch hier sind wir noch lange nicht am Ziel. Wir wollen mit einem Modellprojekt die Abgabe von Cannabis ermöglichen und so viele Berliner*innen aus der Kriminalisierung befreien. Mit dem Aufbau eines
235 Jugendzentrums für LSBTTIQ* werden wir das Angebot, die Beratung und den Schutz gerade von jungen LSBTTIQ* in Berlin weiter ausbauen.

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

240 Die theoretische Möglichkeit, dass ein Terroranschlag jederzeit auch in Deutschland verübt werden kann, wurde letztes Jahr mit dem Anschlag am Breitscheidplatz zu furchtbarer Wirklichkeit – mitten im Herzen unserer Hauptstadt.

245 Doch unsere Antwort auf den Terror kann und darf nicht die Einschränkung von Bürger*innenrechten und Freiheit sein. Schnelle, populistische Forderungen nach härteren Gesetzen und mehr Überwachung werden die Probleme nicht lösen – und hätten den Anschlag nicht verhindert. Für uns gilt auch hier: Wir prüfen genau, welche Maßnahmen wirklich mehr Sicherheit bringen und werden das als Maßstab nehmen. Dafür müssen die Fehler der Behörden lückenlos aufgeklärt werden.

250 Doch für uns Bündnisgrüne ist auch klar: Es kann nie hundertprozentige Sicherheit geben. Wer dies suggeriert, ist unaufrichtig. Es muss immer darum gehen, die größtmögliche Sicherheit bei möglichst wenig Eingriffen in Freiheit und Bürger*innenrechte zu gewährleisten.

255

Wir haben in Berlin verstanden, dass Prävention und Deeskalation mehr bringen als *Law and Order*. Die Ausschreitungen um den 1. Mai konnten nicht durch eine harte Hand, sondern durch Deeskalation verringert werden. Die ersten Schritte sind wir hier bereits gegangen, doch vieles liegt erst noch vor uns. Das bedeutet für uns unter anderem eine
260 Stärkung der Polizei vor Ort und bessere Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Ausstattung.

Der Blick fürs Ganze

265 Wir verantworten nicht jedes Ressort, fühlen uns aber dennoch verantwortlich dafür, Berlin als Ganzes zu gestalten. Durch die Fraktion, durch die Partei und durch die vielen engagierten grünen Mitglieder, nehmen wir daher auch auf alle anderen Bereiche Einfluss und drängen auch hier ungeduldig darauf, mehr zu erreichen.

270 Der Freizug der Turnhallen war ein großer Erfolg – die menschenunwürdige Unterbringung ohne Privatsphäre hatte endlich ein Ende und die Turnhallen können wieder für Schul- und Vereinssport genutzt werden oder werden derzeit noch dafür wieder hergerichtet. Die Herausforderungen, denen Berlin durch die Menschen auf der Flucht, die bei uns bleiben werden, gegenübersteht, sind damit aber bei Weitem nicht
275 bewältigt sind. Wir erwarten, dass hier ein umfassendes Konzept erarbeitet wird, um Ausgrenzung und Chancenungleichheit vorzubeugen und dazu beizutragen, dass Berlin auch für Menschen, die neu in die Stadt kommen, schnell zu einem Zuhause wird.

Die Situation von obdachlosen Menschen in Berlin ist unerträglich. Viel zu lang hat die
280 Regierung hier weggeschaut – doch für uns Grüne gilt: Nicht nur, wer eine Lobby hat, hat ein Recht, in Berlin menschenwürdig zu leben. Wir kämpfen deshalb auch weiterhin für die, deren Stimme kaum gehört wird. Wir fordern vom Senat, dass er hier endlich handelt und gemeinsam mit den Bezirken diese Problematik angeht. Räumungen dürfen nur die letzte Option sein. Stattdessen setzen wir auf abgestimmte Hilfs- und
285 Unterstützungsangebote.

Als feministische Partei haben wir Grüne in allen Bereichen auch die Frauen* im Blick. Alle Frauen* müssen in Berlin selbstbestimmt und gewaltfrei leben können. Wir Grüne kämpfen dafür, dass mindestens die Hälfte der Macht den Frauen* gehört. Rot-Rot-Grün
290 hat sich in der Frauen*- und Gleichstellungspolitik ehrgeizige Ziele gesetzt. Wesentliche Schritte sind wir schon gegangen, etwa bei der Aufstockung von Plätzen in Frauen*häusern, der Einrichtung eines runden Tisches zur Sexarbeit und bei der Bekämpfung von Cybergewalt. Wir Grüne werden darauf drängen, dass es weiter mit großen Schritten vorangeht.

295 Außerdem muss es beim Schulbau und der Schulsanierung endlich vorangehen. Über 50 neue Schulen werden in den nächsten Jahren entstehen müssen. Der Sanierungsbedarf im Schulbestand ist nach wie vor enorm. Es ist unzumutbar, dass Schüler*innen und

300 Lehrer*innen in Gebäuden arbeiten, wo die Wände feucht sind, wo der Putz herunterfällt
oder es durchs Dach regnet – vom Zustand der Toiletten in vielen Schulen ganz zu
schweigen. Die Sonderprogramme der letzten Regierung haben hier keine dauerhafte,
strukturell verankerte Abhilfe schaffen können. Deshalb haben wir bereits in der letzten
305 Wahlperiode ein grünes Konzept vorgelegt, wie Schulbau und -sanierung anders
organisiert werden können. Entscheidend ist dabei, dass wir die Bezirke befähigen, dies
zu leisten. Schulen sollen in Zukunft nicht nur notdürftig geflickt, sondern ordentlich
saniert werden. Wir haben lange genug darüber debattiert, wie das gehen könnte. Es ist
an der Zeit, dass nun endlich saniert wird.

310 Auch im Bereich der Kinderbetreuung muss sich noch einiges tun. Dass inzwischen
Kitaplätze nicht genutzt werden können, weil das Personal nicht zur Verfügung steht, ist
nicht hinnehmbar. Wir fordern den Senat deshalb auf, schnell dafür Sorge zu tragen,
dass der Beruf der*des Erzieher*in attraktiver wird. Dazu gehört sowohl ein besseres
Gehalt als auch bessere Arbeitsbedingungen (z.B. ein besserer Betreuungsschlüssel,
bessere Ausstattung und zusätzliche Zeit für Dokumentationsarbeit).

315 Und nicht zuletzt funktioniert Berlin nur, wenn auch die Verwaltung funktioniert. Im
Zentrum steht dabei – gerade angesichts der anstehenden Pensionierungswelle und
des eklatanten Fachkräftemangels – eine Ausbildungsinitiative und gezieltes Anwerben
von qualifiziertem Personal. Um keine Gießkannenpolitik zu betreiben, braucht es ein
320 Personalentwicklungskonzept. Auch das Thema angemessene Entlohnung und gute
Arbeit packen wir an. Und mit E-Recruiting und Sammelausschreibungen wollen wir
auch neue Formen der Einstellung praktizieren, um den hohen Personalbedarf zu
decken und die lange Einstellungsdauer zu reduzieren.

325 Ein weiterer Baustein ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit dem
Berliner eGovernment-Gesetz haben wir die Grundlage geschaffen. Am Ende dieses
ambitionierten Prozesses steht die digitale Berliner Verwaltung mit einer eAkte und
einem Servicekonto, über das so gut wie alle Bürgerdienste – vom Kitaantrag bis zur
Eheanmeldung – erledigt werden können.

330 Nur mit funktionierenden Bezirken, einer gut ausgestatteten Verwaltung und klaren
Zuständigkeiten werden wir die vielen großen Baustellen auch meistern können. Dafür
haben wir die Grundlagen geschaffen, doch es liegt auch noch ein gutes Stück Arbeit
vor uns.

335 **Berlin wird grün**

340 Die nächsten vier Jahre werden entscheidend sein in der Frage, ob es uns gelingt, Berlin
in seiner einzigartigen Weise zu erhalten und gleichzeitig fit für die Zukunft zu machen.
Bündnis 90/Die Grünen Berlin haben bereits jetzt gezeigt, dass sich etwas ändern kann,
wenn wir an der Regierung beteiligt sind. Der Anfang ist gemacht, die am Ende

345 entscheidende Umsetzung steht uns aber in vielen Punkten noch bevor. Wir wollen, dass Berlin weiter für alle, die hier schon lange leben und für alle, die neu dazu kommen, ein Zuhause bleibt oder wird. Deshalb müssen die Probleme dieser Stadt jetzt entschlossen angepackt werden. Dafür braucht es uns Grüne, die voller Ungeduld Berlin umgestalten wollen. Das hat gerade erst begonnen.